

Familienpolitik – vielfältigere Formen akzeptiert

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat die «Ehe für alle» angenommen. Nadine Hoch, Geschäftsleiterin der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) ist der Meinung, dass dies nur eine Zwischenetappe in der Schweizer Familienpolitik ist. Sie verrät, wo sie noch viel Handlungsbedarf sieht.



Nadine Hoch, Sie sind Geschäftsleiterin der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF). Laut Ihrer Definition ist Familie eine Lebensform, die gesellschaftlich anerkannt ist. Was heisst das?

Nadine Hoch: Wir denken gerade darüber nach, ob diese Formulierung noch Gültigkeit hat, denn die Definition von Familie unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel und verändert sich laufend. Zudem würde eine muslimische Gesellschaft Familie anders definieren als zum Beispiel unsere von christlichen Werten geprägte Gesellschaft. Diese von uns genannte gesellschaftliche Anerkennung bezieht sich auf unsere gesetzlichen Grundlagen.

Definition Familie

Auf der Webseite der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen wird Familie wie folgt definiert: «Der Begriff der Familie bezeichnet jene Lebensformen, die in den Beziehungen von Eltern und Kindern im Mehrgenerationenverbund begründet und gesellschaftlich anerkannt sind.» Familienpolitik im engeren Sinne, so ist zu lesen, «bezeichnet die gewollten öffentlichen Aktivitäten, Massnahmen und Einrichtungen, mit denen bezweckt wird, die Leistungen, die Familien erbringen, anzuerkennen, zu fördern oder positiv zu beeinflussen.» www.ekff.admin.ch

Die bürgerliche Familie bildete sich etwa ab dem 19. Jahrhundert aus, im 20. Jahrhundert veränderte sich das Familienbild. Wie sah die ideale Familie nach dem Zweiten Weltkrieg aus?

Kurz nach dem Krieg dominierte die Kernfamilie mit klaren Rollen – der Mann war der Ernährer, die Frau sorgte für Haushalt und Kinder. Das war natürlich die Luxusvariante, denn man konnte sich diese Familienform nur dank des Wirtschaftsbooms leisten. Dieses Familienideal hat sich dann mehr und mehr verändert.

Weshalb hat sich das Bild gewandelt?

Einerseits hatte der Wirtschaftsboom mit der Ölkrise Anfang 70er-Jahre ein Ende und führte dazu, dass das Ein-Ernährer-Modell nicht mehr für alle Familien erschwinglich war. Andererseits trug die Antibabypille ab den 60er-Jahren zur stärkeren Selbstbestimmung der Frau bei, ebenso wie ihr neu erlangtes Stimmrecht, ihre besseren Ausbildungsmöglichkeiten und damit verbunden ihre vermehrte Berufstätigkeit. Der Wohlstand hat allerdings die Entwicklung zu egalitäreren Familienmodellen verlangsamt. Zudem ist die Schweiz ein Land, in dem Veränderungen in ganz kleinen Schritten vor sich gehen.

Welche Visionen und Ziele treiben die Kommission für Familienfragen an?

Ziel der Kommission ist es, gute Rahmenbedingungen für die vielfältigen Familienformen zu schaffen. Eine Frage ist zum Beispiel, wieso die Schweiz kein Amt für Familie, Kinder, Jugend und Gleichstellung hat, wie es in anderen Ländern üblich ist. Familienpolitische Fragen werden in verschiedenen Ämtern verzettelt behandelt: Gesundheit, Sozialversicherungen, Bildung, Justiz etc. So fühlt sich niemand gesamtheitlich für Familien zuständig.

Gibt es weitere Themen?

Unser aktueller Themenschwerpunkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Dazu gehört, dass wir uns für eine umfassende Elternzeit einsetzen, für eine stärkere Mitfinanzierung der institutionellen Kinderbetreuung durch die öffentliche Hand, aber auch für die Klärung, wie wir mit Betreuungs- und Pflegeleistungen innerhalb von Familien umgehen wollen oder wie wir Altersarmut verhindern können.

Welchen Argumenten müssen Sie entgegentreten?

Mit dem Argument des Föderalismus und der Subsidiarität des Bundes in familienpolitischen Themen wird oft alles gebodigt. Die Allmacht der KMU-Befindlichkeit in der Schweiz verlangsamt familienpolitische Entwicklung ebenso. Auch die traditionelle Haltung vieler, nur die Kernfamilie sei Familie oder die Familie sei Privatsache, verlangsamt familienpolitische Entwicklungen. Das mit der Privatsache ist sowieso eine merkwürdige Argumentation: Sobald die Kinder in den Kindergarten kommen, ist es okay, dass sie in die quasi öffentliche Obhut kommen. Wieso soll die Zeit vorher nur privat sein?

Was sind für Sie wichtige familienpolitische Instrumente?

Vereinbarkeitsmassnahmen, die meist auch Gleichstellungsmassnahmen sind. Aber auch der nötige Wandel von Volksschulen hin zu Tagesschulen oder die Subvention der Elterntarife für familienergänzende Betreuungsplätze durch die öffentliche Hand sind wichtige Massnahmen. Die Schweiz ist das Land mit dem höchsten Anteil an Grosseltern, die in der Kinderbetreuung engagiert sind. Dass das nicht ideal ist, haben wir während der Pandemie gesehen. Ausserdem sind immer mehr Senioren und Seniorinnen mobil oder selbst berufstätig

und wollen oder können sich gar nicht in die Betreuung ihrer Enkelkinder einbringen.

Welche weiteren Instrumente gibt es?

Elternzeit gehört dazu. Die durchschnittliche Wochenzahl in den OECD-Ländern liegt bei 54 Wochen Elternzeit, wobei man berücksichtigen muss, in welcher Höhe diese Zeit entschädigt wird. Die Schweiz hinkt da deutlich hinterher. Auch unser Steuermodell fördert die Berufstätigkeit beider Elternteile mit hohen Stellenprozenten nicht. Bezogen auf PACH, wäre die Revision der Pflegekinderverordnung (PAVO) wünschenswert, denn die familienergänzende Kinderbetreuung ist immer noch dort drin geregelt.

Welche Rolle spielen die Adoptiv- und Pflegefamilien in der Familienpolitik?

Mengenmässig eine kleine. Aber für mich persönlich ist der Bereich wichtig, da ich lange als Vermittlerin und in der Pflege-

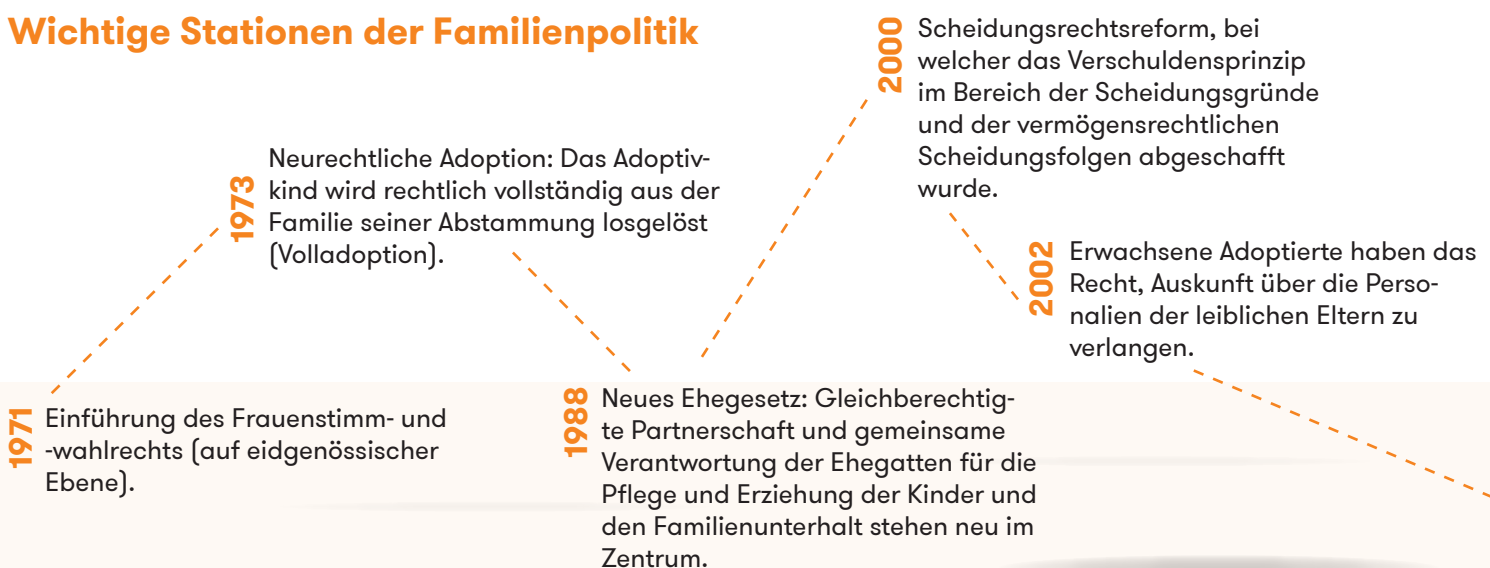
kinderaufsicht gearbeitet habe. Die Kommission lehnt sich in diesem Themenfeld an Fachorganisationen wie PACH an und unterstützt diese bei allfälligen Forderungen und Anliegen. Doch auch hier ist der Föderalismus ein Thema. Das Kindeswohl soll nicht auf 26 Arten auf kantonaler Ebene geschützt werden, hier braucht es den Staat, der für die ganze Schweiz eine klare Haltung hat und Vorgaben definiert.

Seit 2001 ist die Samenspende neu geregelt. Die Spenderväter sind nun registriert, sodass die Kinder ihre Herkunft erforschen können. Das war ein Fortschritt. Gibt es in diesem Bereich noch mehr Handlungsbedarf?

Dieses Thema haben wir in der Kommission noch nicht besprochen. Wir befürworten aber, was in der «Ehe für alle» dazu geregelt ist.

Die «Ehe für alle» wurde angenommen. Wie ordnen Sie dieses Resultat ein?

Wichtige Stationen der Familienpolitik



Das ist eine Zwischentappe, wie es auch der Mutterschafts- oder der Vaterschaftsurlaub ist. Es zeigt, dass es eine immer grössere Akzeptanz für vielfältige Familienformen gibt. Familienkonstellationen verändern sich aber weiter.

Die Gegner der Ehe für alle argumentierten unter anderem, dass dann als Nächstes die Leihmutterschaft oder die Eizellenspende eingeführt werden soll. Wie schätzen Sie das ein?

Die «Ehe für alle» öffnet sicher diese Diskussionen. Es machte Sinn, diese beiden Punkte nicht mit ins Abstimmungspaket reinzupacken, das wäre noch nicht akzeptiert worden. Doch Leihmütter gibt es heute schon. Dafür geht man einfach in die USA. Das ist eine Realität. Darüber müssen wir reden.

Zum Abschluss: Wo sehen Sie in der Schweizer Familienpolitik Handlungsbedarf und wer sollten die Akteure sein?

Wir haben gerade einen Bericht zur Finanzierung der institutionellen Kinderbetreuung in der Schweiz herausgegeben. Darauf aufbauend formulieren wir 18 Empfehlungen an Behörden und Politik. Eltern zahlen heute sehr viel für die familienergänzende Betreuung. Doch es gibt noch weitere Punkte: Bevor eine Familie gegründet wird, müssen sich die Beteiligten gut darüber informieren, was die Folgen eines gewählten Familienmodells sind, etwa bezüglich der Altersvorsorge. Hier braucht es Aufklärung und Ausbildung, meiner Meinung nach schon in der Volksschule. Und es braucht auch verschiedene Gesetzesanpassungen, denn Gesetze hinken der Realität oft hinterher.



Nadine Hoch

Nadine Hoch (60) ist seit Ende 2019 Geschäftsleiterin der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF). Von 2012 bis 2019 war sie Mitglied der Familienkommission, zuletzt als Vizepräsidentin. Als ehemalige Geschäftsleiterin von kibesuisse und weiteren Verbänden in der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sowie als Vorstandsmitglied verschiedener Organisationen im Familien-, Bildungs- und Qualitätsentwicklungsbereich, als Tagesmutter, Vermittlerin, Pflegekinderaufsicht und Gründerin einer Kita kennt sie die Situation von Familien und Kindern in der Schweiz.

Die EKFF wurde 1995 gegründet. Sie ist eine ausserparlamentarische Kommission, die sich für familienfreundliche Rahmenbedingungen einsetzt. Als Fachkommission stellt die EKFF spezifisches Fachwissen im Bereich Familienpolitik bereit, auf welches Politik und Verwaltungsbehörden und weitere Interessierte bei Bedarf zurückgreifen können. Die EKFF veröffentlicht regelmässig Studien und Empfehlungen zu wichtigen aktuellen Themen, die das Familienleben betreffen.

2003

Revision des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht): Ziel war, das Selbstbestimmungsrecht schwacher, hilfsbedürftiger Personen zu wahren und zu fördern.

2006

Harmonisierung der Familienzulagen: Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Nichterwerbstätige mit Kindern haben Anspruch auf eine Familienzulage.

2020

Einführung Vaterschaftsurlaub: Alle erwerbstätigen Väter haben das Recht auf einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, also auf zehn freie Arbeitstage.